



Die Regionalwahlen in Katalonien

Am 21. Dezember 2017 finden in Katalonien Regionalwahlen statt, die Ministerpräsident *Rajoy* angeordnet hatte, als er die bisherige Regionalregierung wegen ihrer Unabhängigkeitserklärung absetzte und das Regionalparlament auflöste. Der Konflikt um die staatliche Unabhängigkeit Kataloniens ist damit jedoch nicht beendet. Der „Prozess“ zur Unabhängigkeit, wie die Separatisten ihre Bewegung nannten, ist zwar vorerst aufgehalten. Doch die Separatisten erhoffen sich nun durch die Regionalwahlen neue Legitimation, um ihr Ziel mit anderen Mitteln weiter zu verfolgen. Andererseits hoffen die Unabhängigkeitsgegner auf ein Votum der Katalanen zur bleibenden Zugehörigkeit zu Spanien. Aller Voraussicht nach wird aber keines der beiden Lager eine Mehrheit gewinnen. Zünglein an der Waage wäre dann die Partei der Bürgermeisterin von Barcelona, die der Gruppierung der links-populistischen Bewegung *Podemos nahesteht* und bisher eine klare Positionierung zugunsten oder gegen die Unabhängigkeit vermieden hat. Da somit weder die Wahlen noch die juristischen Verfahren den „Prozess“ aufhalten oder gar umkehren, wird eine Lösung der katalanischen Krise wohl nur über ein Mittel zu erreichen sein, das die Akteure in den vergangenen Jahren nicht, zumindest nicht hinreichend, ausprobierten: **politischer Dialog und politische Reformen.**

Die Wahlen am 21. Dezember finden unter außergewöhnlichen Umständen statt. Nicht nur sind sie vom spanischen Ministerpräsidenten *Rajoy* verordnet worden, sondern die Spitzenkandidaten der beiden wichtigsten Unabhängigkeitsparteien befinden sich im Gefängnis bzw. auf der Flucht in Belgien. Nach der Absetzung der Regierung und Auflösung des Parlaments hatte das Oberste Gericht die Mitglieder der Regionalregierung wegen Volksverhetzung, Rebellion und Korruption angeklagt und acht ehemalige Regierungsmitglieder in Untersuchungshaft genommen. Der ehemalige Regionalpräsident *Puigdemont* und vier weitere ehemalige Regierungsmitglieder haben sich der Verhaftung durch Flucht nach Belgien entzogen. In Untersuchungshaft befinden sich auch die beiden Anführer der zivilgesellschaftlichen Organisationen *Assemblea Nacional Catalana* und *Òmnium Cultural*, Jordi Sànchez und Jordi Cuixart i Navarro, die

maßgeblich an der Vorbereitung des Referendums am 01. Oktober beteiligt waren. Angeklagt sind sie, weil sie Mitglieder ihrer Organisationen im September in Barcelona dazu angestiftet hatten, Polizisten festzuhalten und zu bedrohen, die Material zur Vorbereitung des Referendums beschlagnahmten. Die ehemalige Parlamentspräsidentin *Forcadell* und drei weitere Mitglieder des Parlamentspräsidiums sind ebenfalls angeklagt, weil sie die Abstimmung über die Unabhängigkeit zuließen und dabei verschiedene Regeln des Parlaments und Bescheide des Verfassungsgerichts missachteten, die diese Abstimmung für illegal erklärten. Sie wurden aber gegen Kautionszahlung freigelassen. Ebenso konnten sechs der acht ehemaligen Regierungsmitglieder am 04. Dezember das Gefängnis gegen Kautionszahlungen verlassen. Der Vizepräsident und der Innenminister der ehemaligen katalanischen Regierung, *Oriol Junqueras* und *Joaquim Forn*, sowie die beiden Anführer der zivilgesellschaftlichen Organisationen mussten jedoch in Haft bleiben, weil der Untersuchungsrichter ihren Beteuerungen keinen Glauben schenkte, wonach sie in Zukunft von illegalen Aktionen zur Förderung der Unabhängigkeit Kataloniens absehen würden. Trotz seiner Inhaftierung ist *Junqueras* Spitzenkandidat der Partei der Republikanischen Linken (*Esquerra Republicana*, ERC). Auch *Forn*, *Jordi Sànchez*, und die meisten anderen ehemaligen Regierungsmitglieder kandidieren auf den vorderen Plätzen der Unabhängigkeitsparteien. Der ehemalige Regionalpräsident *Puigdemont* kandidiert von Brüssel aus. Über Videobotschaften und soziale Medien führt er Wahlkampf in Katalonien. Am 07. Dezember hatten seine Unterstützer eine Kundgebung in Brüssel veranstaltet, an der ca. 45.000 Personen teilnahmen, die aus Katalonien angereist waren. Damit demonstrierten die Separatisten ihr weiterhin beachtliches Mobilisierungspotential.

So lange keiner der Angeklagten rechtskräftig verurteilt ist, können sie gewählt werden und sie werden ihren Parlamentssitz wahrnehmen können. Gegen *Puigdemont* und die anderen vier entflohenen ehemaligen Regionalminister besteht ein Haftbefehl in Spanien, der nach ihrer Überquerung der Landesgrenze vollstreckt werden würde. Dennoch müsste ihnen wohl erlaubt werden, an der konstituierenden Sitzung des Regionalparlaments teil- und ihr Mandat bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung wahrzunehmen. Diese Gerichtsprozesse führen zu einer zusätzlichen Emotionalisierung des Wahlkampfes. Die Unabhängigkeitsparteien beanspruchen eine Opferrolle für sich und spinnen damit ihre Erzählung von der anhaltenden „Erniedrigung“ katalanischer Politiker durch die spanische Regierung und Justiz weiter. Von ihren Anhängern werden die inhaftierten Politiker als „politische Gefangene“ bezeichnet. Allerdings hat beispielsweise Amnesty International festgestellt, dass die katalanischen Politiker nicht als „politische Gefangene“ anzusehen sind.

Von den ca. 7,5 Millionen Einwohnern Kataloniens sind am 21. Dezember 5.553.983 wahlberechtigt. Dazu gehören auch 224.844 im Ausland lebende Katalanen sowie 136.300 Erstwähler. Katalonien hat international die bei weitem höchste Zahl von im Ausland registrierten Wahlberechtigten, mehr als Frankreich (29.377) oder Deutschland (15.321).

Das Wahlsystem hat für den Ausgang der Wahl eine besondere Bedeutung. Die vier Provinzen der Region bilden vier Wahlbezirke, in denen gemäß der Zahl der Wahlberechtigten eine unterschiedliche Zahl von Abgeordneten gewählt werden. In Barcelona, der größten Provinz mit 3.981.991 Wahlberechtigten, werden 85 Abgeordnete gewählt, in Tarragona 18, in Gerona 17 und in Lérida 15. Für jede Provinz werden gemäß dem d'Hondtschen System die Sitze getrennt vergeben, was normalerweise die beiden stärksten Parteien bevorzugt. Die Sitzverteilung im Parlament entspricht daher nicht dem proportionalen Abschneiden der Parteien in der gesamten Autonomen Region Katalonien. Da es in den ländlichen Gegenden mehr Unabhängigkeitsbefürworter gibt als in Barcelona, schneiden die Unabhängigkeitsparteien dort viel besser ab als in der Hauptstadt. Sie gewinnen in den drei „ländlichen“ Wahlkreisen verhältnismäßig mehr Mandate, als dies bei einem einzigen Proportionalsystem für ganz Katalonien der Fall wäre. Bei knappem Wahlausgang könnten die Unabhängigkeitsbefürworter wie 2015 trotz fehlender Stimmenmehrheit eine Mehrheit der Mandate gewinnen (damals 47,8 % der Stimmen, 53,8% der Mandate, 82 von 135 Mandate). Auch bei den jetzigen Wahlen wird das Wahlrecht die Repräsentation der verschiedenen Lager im Parlament beeinflussen.

Wahlaussichten der Parteien

Am 21. Dezember bewerben sich vor allem wiederum diejenigen Parteien, die sich auch im November 2015 zur Wahl stellten. Die Unabhängigkeitsbefürworter haben nur kurzfristig eine Verweigerung ihrer Wahlteilnahme diskutiert, dann aber die Auflösung des Parlaments und ihre Teilnahme an der Wahl akzeptiert.

Allerdings haben die beiden bisherigen Regierungsparteien PDeCAT und ERC ihr Wahlbündnis von 2015 „*Junts pel sí*“ („Gemeinsam für ein Ja“ [zur Unabhängigkeit]) nicht erneuert. Trotz der nach außen dargestellten Einigkeit gibt es Friktionen im Lager der Unabhängigkeitsbefürworter. Vor allem hofft ERC diesmal als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorzugehen, weshalb man *Puigdemont* bzw. PDeCAT nicht den Zugriff auf das Amt des Regionalpräsidenten zugestehen will, sofern das Unabhängigkeitslager eine Mandatsmehrheit gewinnt. Bereits vor der Auflösung der Regierung bestanden erhebliche Differenzen zwischen ERC und *Puigdemont*, weil dieser nach der illegalen Volksbefragung vom 1. Oktober die Erklärung der (vermeintlichen) Unabhängigkeit hinauszögerte.

Carles *Puigdemont* sieht sich weiterhin als legitimen Regierungschef Kataloniens. Sein Ziel ist eine neue Legitimierung durch die Wahl und er hofft, nach einem deutlichen Votum zugunsten der Separatisten auf ein Umdenken und die Unterstützung der Europäer. Er ist Spitzenkandidat der neuen Wahlliste „*Junts per Catalunya*“ (Gemeinsam für Katalonien), die im Wesentlichen aus Mitgliedern seiner Partei PDeCAT (*Partido Demócrata Europeo Catalán*) besteht, der 2016 gegründeten Nachfolgeorganisation von *Convergència Democràtica de Catalunya*. Als liberale und bürgerliche Partei hatte *Convergència* von 1980 bis 2003 die Regierung in Katalonien geführt und einen eher gemäßigten Nationalismus vertreten. Freilich hat sie vor allem durch die Sprachen- und Schulpolitik die allmähliche Radikalisierung der Nationalisten gefördert. Ab 2012 vertrat dann auch der damalige Vorsitzende von *Convergència*, *Artur Mas*, einen radikalen Separatismus, weil er sich davon eine absolute Mehrheit im Regionalparlament erhoffte. Er war aber schließlich auf die Unterstützung durch die Linksrepublikaner (ERC) angewiesen. Nach den Wahlen von 2015 verweigerte die linksradikale CUP *Mas* wegen seiner Korruption die Wiederwahl. Daraufhin machte er den Weg frei für die Wahl *Puigdemonts* als seinen Nachfolger. Als Vorsitzender von PDeCat und enger Berater von *Puigdemont* spielt *Artur Mas* weiterhin eine wichtige Rolle. War zunächst erwartet worden, PDeCat werde aufgrund der erratischen Haltung *Puigdemonts* deutliche Stimmenverluste erleiden, hat *Junts per Catalunya* zuletzt mit 17% wieder bessere Umfragewerte (die zitierten Umfragen beziehen sich auf Werte der bekannten Institute in Spanien).

Die *Esquerra Republicana* (ERC) ist die älteste Partei Kataloniens, die seit ihrer Gründung 1931 für die Unabhängigkeit eintritt. Nach der Redemokratisierung Spaniens spielte ERC lange Zeit keine wichtige Rolle, ehe sie bei den Regionalwahlen 2003 ihr bis dahin bestes Ergebnis erreichte und 23 der 135 Sitze im Regionalparlament gewann. Von 2003 bis 2010 war ERC Teil der sogenannten *Tripartit*, einer Dreiparteienregierung der Linken unter Führung der Sozialisten und Mitwirkung der katalanischen Grünen. Ab 2012 unterstützte ERC den Regionalpräsidenten *Artur Mas* von *Convergència*, nachdem dieser eine entschiedene Förderung der Unabhängigkeit versprochen hatte. Vor den Wahlen im November 2015 bildeten beide Parteien das Bündnis „*Junts pel Sí*“. Von den 62 Mandaten dieses Bündnisses fielen 20 der ERC zu. *Oriol Junqueras*, ihr inhaftierter Parteivorsitzender, ist nun ihr Spitzenkandidat. Hatten erste Umfragen der ERC den relativ höchsten Wähleranteil und das deutlich bessere Ergebnis der Parteien des Unabhängigkeitslagers zugesprochen, sehen neuere Umfragen sie bei ca. 21% zu. Der Abstand zwischen ERC und *Puigdemonts* *Junts per Catalunya* ist somit geringer geworden. Angesichts dieser Eintrübung der Wahlaussichten wird mittlerweile aus der ERC auch Kritik an *Puigdemont* geäußert, den ERC nicht als Regionalpräsidenten bestätigen will, sondern dieses Amt für einen Vertreter der eigenen Partei reklamiert.

Die linksradikale Partei CUP (*Candidatura d'Unitat Popular*) war zwar nicht Mitglied der bisherigen Regierungskoalition, doch ihre 10 Abgeordneten sicherten den Separatisten die Parlamentsmehrheit – und gleichzeitig hat die CUP mit ihren wenigen Abgeordneten maßgeblich zur Forcierung und Radikalisierung der Unabhängigkeitsbewegung beigetragen, weil sie andernfalls der Regierung mit dem Entzug der parlamentarischen Unterstützung drohte. Wahrscheinlich wird die CUP etwas weniger als ihren 2015 erreichten Stimmenanteil von 8,2% erhalten. Dennoch könnte sie erneut eine wichtige Rolle spielen, sofern die Parteien des Unabhängigkeitslagers eine Mehrheit der Sitze im Parlament gewinnen.

Die Umfragen deuten an, dass ein solches Ergebnis eher unwahrscheinlich ist. Denn zwei der drei sogenannten „Verfassungsparteien“, die die staatliche Unabhängigkeit Kataloniens ablehnen, können jüngsten Umfragen zufolge mit Stimmengewinnen rechnen. Fraglich bleibt allerdings erstens, ob sie eine Mehrheit der Mandate im Regionalparlament gewinnen und zweitens, ob es dann zu einer Koalition zwischen diesen Parteien kommt.

Die bürgerlich-liberale Partei *Ciudadanos*, die erst 2005 gegründet wurde und seit 2015 die wichtigste Oppositionspartei im katalanischen Regionalparlament ist, könnte nach neuesten Umfragen knapp 23 % und damit den höchsten Stimmenanteil gewinnen. Ihre noch junge Sprecherin und jetzige Spitzenkandidatin *Inés Arrimadas* (36) war im Regionalparlament die entschiedenste Gegnerin der Separatisten, die die Sorge der Unabhängigkeitsgegner angesichts der Spaltung der Gesellschaft und der Vernachlässigung aller sonstigen Politikfelder in brillanten Reden geißelte. *Ciudadanos* ist die Partei, die sich am deutlichsten darum bemüht, nicht nur den Separatismus zum Thema des Wahlkampfes zu machen, sondern auch drängende Zukunftsfragen der Autonomie wie die Wirtschaftsentwicklung, die Reform der sozialen Dienste oder den Ausbau der Infrastruktur – alles Themen, die in den vergangenen Jahren von der Regionalregierung zugunsten des Monothemas der Unabhängigkeit vernachlässigt wurden. Aufgrund der positiven Umfragewerte werden *Ciudadanos* und Frau *Arrimadas* von den anderen Parteien heftig attackiert – nicht nur von den Separatisten, sondern auch von den beiden anderen Parteien des „Verfassungslagers“, den Sozialisten und der Volkspartei. Beide „Altparteien“ wollen auf jeden Fall verhindern, dass *Ciudadanos* den Regionalpräsidenten stellt, weil *Ciudadanos* damit auch auf nationaler Ebene eine neue Bedeutung gewinnen würde. Das könnte die politischen Koordinaten in Spanien noch deutlicher erschüttern als ein Regierungswechsel in Katalonien.

Die Sozialistische Partei Kataloniens (PSC, *Partido Socialista de Catalunya*) hat bisher nur in einer kurzen Periode von 2003 bis 2010 eine Regionalregierung in Katalonien geführt. Doch diese *Tripartit* der Linksparteien ist nicht in guter Erinnerung geblieben. 2015 gewann die PSC 14,4 % der

Stimmen und 20 Mandate. Sie kommt laut Umfragen zwar momentan auf einen Stimmenanteil von 16%, doch hat sie anscheinend keine Chance auf den ersten Rang der „Verfassungsparteien“. Ihr Sprecher *Iceta* lässt offen, ob er bereit wäre, eventuell mit den Linksrepublikanern der ERC und den Linkspopulisten von *Podem en Catalunya* eine Koalition zu bilden. Mit populistischen Versprechen versucht er zuletzt Stimmung zu machen, etwa indem er die Übertragung des baskischen Finanzstatuts auch auf Katalonien vorschlug. Weil das den finanziellen Kollaps des spanischen Staates bedeuten würde, erntete *Iceta* für diesen Vorschlag auch aus dem Lager der Sozialisten anderer spanischer Regionen viel Kritik.

Die Volkspartei (PPC, *Partido Popular de Catalunya*) spielt in Katalonien traditionell nur eine eher marginale Rolle. Bei den Wahlen 2015 erhielt sie 8,5% der Stimmen und 11 Mandate. Laut Umfragen bekommt sie am 21. Dezember nur noch knapp 6% der Stimmen und etwa 6 Mandate. Das reflektiert nicht nur die Bewertung der Rolle der Volkspartei in Person des Ministerpräsidenten *Mariano Rajoy* bei der Auflösung des katalanischen Regionalparlaments und der Absetzung der Regionalregierung, sondern vor allem auch bei der Behandlung des katalanischen Separatismus in den vergangenen Jahren.

Catalunya En Comú-Podem („Gemeinsam können wir“) ist die Wahlplattform der Bürgermeisterin von Barcelona, *Ada Colau*, die rechtlich unabhängig, aber der regionale Ableger der linkspopulistischen Partei „Podemos“ ist. Frau Colau hat zur Unabhängigkeitsbewegung eine ambivalente Haltung. Am 01. Oktober unterstützte sie die Durchführung des illegalen Referendums, indem sie städtische Räumlichkeiten für die Abstimmung zur Verfügung stellte, gab sich selbst aber nicht als Befürworterin einer Unabhängigkeit zu erkennen. Die Absetzung der Regionalregierung lehnt sie ab und bezeichnet die inhaftierten Mitglieder der bisherigen Regierung als „politische Gefangene“. Ebenso wie der Führer von Podemos, Pablo Iglesias, spricht sie sich für ein mit dem Zentralstaat paktiertes Referendum über die Unabhängigkeitsfrage aus, was aber in der Verfassung nicht vorgesehen ist und es aufgrund der Ablehnung durch die großen nationalen Parteien nicht geben wird. Gemäß Umfragen kann En *Comú-Podem* wiederum mit knapp 9% der Stimmen rechnen. Trotz des relativ geringen Anteils könnte diese Gruppierung am Ende eine Funktion des „Königsmachers“ ausüben, wobei auch Frau *Colau* durchaus Ambitionen für das Amt des Regionalpräsidenten zuzutrauen sind.

Was kommt nach der Wahl ?

Auch wenn die Umfragen einige Trends widerspiegeln, können einige Faktoren die Wahl beeinflussen, die jetzt noch nicht vorhersehbar sind. Dazu gehört insbesondere die Höhe der Wahlbeteiligung, die anscheinend diesmal sehr hoch sein wird, wobei jedoch ungewiss bleibt, welches Lager davon profitieren kann. Viele Gegner der Unabhängigkeit hatten an den

Wahlen der letzten Jahre nicht teilgenommen. Ob sie nun teilnehmen und wie sie abstimmen, bleibt abzuwarten. Ob sich die bereits erkennbaren negativen Folgen des „Prozesses“ für die Wirtschaft der Autonomie in Stimmen für die Verfassungsparteien verwandeln, bleibt ebenfalls fraglich, obwohl vor allem *Ciudadanos* dieses Thema im Wahlkampf stark hervorhebt. Ebenso fraglich ist, ob die Opferrolle der Separatisten bei den Wählern verfängt und einen zusätzlichen Mobilisierungsschub auslöst.

Gemäß der aktuellen Umfragen wird wahrscheinlich keines der beiden Lager der Gegner und Befürworter einer Unabhängigkeit eine Stimmen- und /oder Mandatsmehrheit gewinnen. Anscheinend wird der Anteil der Separatisten jetzt noch etwas geringer ausfallen, sodass eine Mehrheit der Sitze für sie im Parlament eher unwahrscheinlich ist. Auch die Verfassungsparteien verfehlen wahrscheinlich zusammengenommen eine Stimmen- und Mandatsmehrheit deutlich. Hinzu kommt, dass die Sozialisten anscheinend eine Regionalpräsidentin *Inés Arrimadas* von *Ciudadanos* nicht akzeptieren wollen. PSC-Führer *Iceta* würde am liebsten selbst Regionalpräsident werden und ist dazu anscheinend bereit, gegebenenfalls auch mit den Linksrepublikanern und *Catalunya en Comú-Podem* zu koalieren. Doch es ist fraglich, ob diese Neuauflage eines *Tripartit* eine Mehrheit erreichen kann.

Die Wahlen am 21. Dezember erschienen im ersten Moment als der beste Ausweg aus der Krise. Doch ob sie eine Lösung bringen bleibt ungewiss.

Dialog und Reformen

Parallel zum beginnenden Wahlkampf hat die nationale Abgeordnetenkammer einen Ausschuss gebildet, der die Möglichkeit einer Reform der Verfassung und weiterer Reformen (zur Modernisierung des Staates), sprich einer Verfassungsreform, prüfen soll. Die Einwilligung von Ministerpräsident *Rajoy* und der Volkspartei in die Einberufung dieses „Ausschusses“ war die Bedingung der Sozialistischen Partei (PSOE) für ihre Zustimmung zur Anwendung des Artikels 155 der Verfassung, auf dessen Grundlage die katalanische Regierung abgesetzt wurde. Der Ausschuss trat Mitte November erstmals zusammen. Einerseits hat das eine breite Diskussion zwischen Politikern, Verfassungsrechtlern, den Medien und weiteren interessierten Gruppen ausgelöst. Andererseits zeigt sich aber, dass es sehr schwierig und wahrscheinlich auch sehr langwierig sein wird, ehe einige Reformen – wenn überhaupt – vereinbart werden.

Die spanische Verfassung ist das Ergebnis eines Konsenses, der vor 40 Jahren im Rahmen des Übergangsprozesses zur Demokratie zwischen den verschiedenen politischen Lagern ausgehandelt wurde. Dieser Konsens ist in der neueren spanischen Geschichte einmalig. Auch wenn die Verfassung in einigen Teilen, vor allem im Hinblick auf die Territorialfrage, einige spezifische Regelungen vermissen lässt, hat sie doch die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich Spanien in einen modernen de-

mokratischen und sozialen Rechtsstaat entwickeln konnte. Auch das durch die Verfassung vorgegebene Territorialmodell hat die meiste Zeit funktioniert. In 40 Jahren wurde die Verfassung nur zweimal geändert, als 1992 das passive Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen und 2011 die Haushaltsstabilität verankert wurden. Beide Änderungen gehen somit auf die Angleichung von Regelungen innerhalb der Europäischen Union zurück. Die Verankerung der politisch sehr umstrittenen Stabilitätsregel war 2011 nur möglich, weil die Volkspartei und die Sozialisten eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament hatten und eine Einigung über diese Reform erzielten. Mehr Konsens zwischen den politischen Lagern hat es seit 40 Jahren zu praktisch keiner anderen Frage mehr gegeben.

Heute ist der Konsens über eine Verfassungsreform wegen der Meinungsverschiedenheiten über einzelne Themen, aber auch wegen des Verfahrens sehr kompliziert. Zwar sind die Themen rasch benannt, um die es vor allem geht, wie die Territorialreform in Richtung eines eigenständigen spanischen Föderalismus, die Neufestsetzung der Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaften, die Reform des Senates, sodass er wirklich als eine zweite, die Regionalinteressen repräsentierende Kammer agieren könnte sowie die Verankerung des Vorrangs des Europäischen Rechts gegenüber dem nationalen Verfassungsrecht. Dazu werden auch noch weitere Themen diskutiert, die aber eine geringere Dringlichkeit besitzen wie das Wahlrecht oder auch die Gleichbehandlung der Geschlechter im Erbrecht der Monarchie etc. Allerdings besteht momentan, zum Beginn der Debatte über eine Verfassungsreform, über viele dieser Themen eine große Meinungsverschiedenheit. Einige Äußerungen aus der Volkspartei und nicht zuletzt auch von Ministerpräsident *Rajoy* deuten darauf hin, dass es auf dieser Seite wenig Neigung gibt, eine Verfassungsreform durchzuführen oder gar zu diskutieren. Auch manche Verfassungsrechtler und Kommentatoren warnen vor allzu viel Reformenthusiasmus, weil man heute nicht mehr den breiten Konsens erreichen könne, der vor 40 Jahren möglich war. Die Sozialistische Partei, die die Debatte jetzt erzwingt, hat selbst keine klaren Vorstellungen über den Inhalt einer Reform. Ihr Vorschlag einer Föderalisierung ist noch sehr diffus und dient nicht zur Orientierung der Reformdebatte. Dennoch gibt es aus dem Kreis von Verfassungsrechtlern zahlreiche Wortmeldungen, die mögliche Reformen skizzieren und möglicherweise auch einen breiteren Konsens über einige Themen fördern.

Das Verfahren einer Verfassungsreform ist jedoch ebenfalls recht komplex und mit Unwägbarkeiten gepflastert. So ist die Verabschiedung einer Reform allein durch das Parlament wie 2011 nicht möglich, weil *Podemos* bereits angekündigt, von ihrem Recht Gebrauch zu machen auf jeden Fall ein Plebiszit über eine mögliche Reform zu veranlassen. Gleichzeitig verweigern *Podemos* und einige Regionalparteien, darunter auch die Baskische Nationalistische Partei, vorerst ihre Mitarbeit im Reformprüfungsausschuss. Ohne einen breiten Konsens aber und vor allem ohne

die Mitwirkung der regionalen Parteien ist es sehr riskant, eine Verfassungsreform zur Abstimmung zu stellen. Sollte diese in den Autonomen abgelehnt werden, vor allem in Katalonien und dem Baskenland, sofern es dort Unzufriedenheit über die Vorschläge zur territorialen Neuordnung gibt, würde das neue Konflikte provozieren und eine Verfassungsreform delegitimieren. Auch wenn daher die Forderung nach Reformen wohlfeil ist, wird es in der Sache nicht einfach sein, zu einem breiten Konsens zu kommen.

Eine andere Frage ist die Reform der Regelungen zur Finanzierung der Autonomen bzw. des staatlichen Finanzausgleichs. Dazu bedarf es keiner Verfassungsänderung, sondern „nur“ einer politischen Verständigung. Doch auch diese ist nicht leicht zu erzielen. Nachdem sich der Ministerpräsident jahrelang – nicht zuletzt mit Hinweis auf die Finanzkrise und die Notwendigkeit der Haushaltssanierung – geweigert hatte, dieses Thema anzugehen, hat die Regierung nun die Initiative ergriffen. Allerdings hat *Rajoy* eine Reform von einer Verständigung mit den Sozialisten abhängig gemacht, die im Grundsatz dazu bereit sind. Erst nach den katalanischen Wahlen wird es bei diesem Thema Fortschritte geben.

Ein Ende des katalanischen Separatismus?

Weder die Wahlen am 21. Dezember noch eine eventuelle Verfassungsreform, die keineswegs kurzfristig möglich erscheint, werden die katalanischen Separatisten aufhalten. Zwar haben die inhaftierten ehemaligen Mitglieder der Regionalregierung die Rechtmäßigkeit der Anwendung des Verfassungsartikels 155 und ihre Absetzung akzeptiert, nicht zuletzt um aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden. Doch ihr politisches Ziel haben sie nicht aufgegeben und werden es weiter verfolgen. Der Separatismus wird fortbestehen, solange es nicht gelingt, einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu bilden, der den regionalen Nationalismus überwindet – nicht nur in Katalonien, sondern beispielsweise auch im Baskenland. Das kann nicht per Dekret erfolgen. Dazu bedarf es eines großen politischen Einsatzes im Umgang mit den Regionen, Begegnungen, Gespräche, Aufbau von Vertrauen, aber auch konkrete Vereinbarungen und darunter auch solche, die bisherige Privilegien beschneiden, mit denen sich manche Regionen finanzielle Vorteile verschaffen. Auch die Sprachen- und Schulpolitik müsste thematisiert werden. Eine lange Liste von Aufgaben. Ab dem 22. Dezember gibt es in Spanien viel zu tun.